13. Jahrgang / Nr. 293 / Preis für Groß-Berlin 10 Pfennig, Auswärts 15 Pfennig — Berlin, Dienstag, 16. Dezember 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1 Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von ½8 Uhr bis ½17 Uhr. Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G.m.b.H. Postscheckkonto Berlin NW 279 78

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.— Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorausbezahlbar. Postbezug inkl. Bestellgeld 3.50 Mark; Streifband im Inland sowie nach Oesterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel- und Saargebiet 4.50 Mark, übrige Länder 4.80 Mark.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Nonpareillezeile 70 Pf. Arbeitsorganisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf. Kleine Anzeigen: Leitwort 15 Pf., Nebenwort 10 Pf., Fettdruckwort 30 Pf. Nebenwort 3 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (E 1) Berolina 1933, 1934.

Alarmsitzungen des SPD.-Parteivorstandes

Severing und Grzesinski als Referenten — Der Verlauf der Geheimsitzungen — Ohnmacht gegenüber einem Nazipatsch — Noske-Kurs gegen die KPD., um die proletarische Einheitsfront zu verhindern — Die „Linken" machen mit

Die „Rote Fahne" ist heute in der Lage, der Arbeiteröffentlichkeit und besonders der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Kenntnis von internen Vorgängen in der Spitze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben. Unsere Mitteilungen über zwei sogenannte „Alarmsitzungen" des engeren Parteivorstandes der SPD. mit einer Reihe zu diesen Sitzungen eingeladener Führer der sogenannten „Linken" und über die Pläne, die bei diesen Beratungen ausgeheckt wurden, werden für die breitesten Massen der SPD.-Arbeiter Klarheit schaffen darüber, wohin der Weg des Sozialfaschismus führt und welche Konsequenzen sie als Proletarier daraus zu ziehen haben. Wir verdanken unsere Kenntnis über diese internsten Vorgänge in der obersten Spitze der deutschen Sozialdemokratie einem Teilnehmer an diesen Sitzungen, den sowohl seine Empörung über die verbrecherische Politik der offiziellen Führung, wie die Enttäuschung über die klägliche Rolle der sogenannten „linken" Führer, dazu veranlaßte, auf diesem Wege die Arbeiterschaft rechtzeitig zu warnen. Sie ist gewarnt. Möge sie daraus proletarische Konsequenzen ziehen.

In den letzten Wochen fanden nach den Mitteilungen unseres Gewährsmannes zwei Sitzungen des engeren Parteivorstandes der SPD. statt, die als sogenannte „Alarmsitzungen" bezeichnet wurden. Zu diesen Sitzungen wurden ausdrücklich verschiedene Vertreter der „linken" SPD., unter ihnen Kurt Rosenfeld, Seidewitz aus Zwickau, ein Breslauer Vertreter u. a. hinzugezogen.

Das Referat in diesen Sitzungen hielten der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und der preußische Polizeiminister Severing. Severings Ausführungen beschäftigten sich mit der Lage und den Möglichkeiten für die SPD., sich in der preußischen Regierung zu halten. In seinem gesamten Referat, wie überhaupt in den Tagungen des engeren Parteivorstandes kam die völlige Panikstimmung zum Ausdruck, in der sich die sozialdemokratische Führerschaft befindet. Er untersuchte u. a. die Pläne der Nazis. Es gäbe bei den Nazis zwei Strömungen. Die eine diplomatisch-politische Gruppe unter der Führung Hitlers strebe das Einrücken der Nationalsozialisten in die Regierung auf legalem Wege an. Die andere sogenannte Landknechtsgruppe, zu deren Repräsentanten vor allem der durch die blutige Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Auftrage der damaligen Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung bekannte General von Epp zählt, treibe zu einem Putsch hin.

Die Polizei unzuverlässig

Für den Fall eines solchen Nazi-Putsches sei die Lage in Preußen sehr prekär. Die Reichswehr sei vielleicht in ihren obersten Kommandostellen nicht für einen Nazipatsch zu haben, wohl aber in den unteren örtlichen Garnisonkommandos. Sie werde mindestens wohlwollende Neutralität beobachten. Die Schupo sei, soweit sie sich nicht, wie das die letzten Wahlen besonders in Berlin trotz zeigten, unter kommunistischem Einfluß befindet, von den Nazis zersetzt. Die Agitation der Nazis bei der Schupo bewege sich auf der Linie, daß bei einer Machtergreifung Hitlers ihr Dienst erheblich leichter werde, da die SA. dann zu einer Hilfspolizei werde. Außerdem würden sie 30 Prozent Zuschlag bekommen und durch ein Demonstrationsverbot für alle Parteien außer den Nationalsozialisten (nach dem Rezept der Zörgiebel und Grzesinski! D. Red.) entlastet.

Auf Grund dieser nationalsozialistischen Zersetzungsarbeit könne mit einem Einsatz der Schupo gegen einen Nazipatsch höchstens in Berlin, Mitteldeutschland und Ostpreußen gerechnet werden. Die Polizei in Süddeutschland scheide natürlich aus, ebenso im Gebiet von Rhein und Ruhr, weil dort die KPD. zu stark ist. Severing äußerte sodann die Befürchtung, daß die Kommunisten im Falle eines solchen Nazipatsches die Einheitsaktion der Arbeiterschaft durch Streiks und Kämpfe in ihre Hände bekommen und zur proletarischen Diktatur weitertreiben werden. Dann allerdings könne man wieder zu einer einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte der Reichswehr und der Polizei gegen die Kommunisten gelangen. Aus all diesen Gründen sei jedenfalls keine Einheitsfront mit der KPD. gegen die Nazis zulässig!

Phantasien über die KPD.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen äußerte Severing die Hoffnung, daß die Kommunisten ihrerseits einen Vorstoß unternehmen. Es würde eine Erleichterung der Lage geben, wenn die Kommunisten durch eine Aktion revolutionärer Art die Handhabe dazu bieten, nach dieser Seite alle Kräfte zu konzentrieren. Dazu bestände jetzt Hoffnung.

Es folgten prahlerische Erklärungen über angebliche erfolgreiche Bespitzelung der KPD., über deren Pläne man neuerdings wieder Material bekomme. Severing stellte u. a. die Behauptung auf, es seien „in Deutschland wieder Leute aufgetaucht, die 1921 und 1923 kommunistische Aufstände geleitet hätten". (Wir wissen nicht, ob der preußische Innenminister hier das „Opfer irgendwelcher Spitzelphantasien geworden ist oder nur seinen Parteigenossen imponieren und die „linken" Helden gruselig machen wollte. Die Red.)

Ueber die Vorgänge bei den Nazi-Demonstrationen am Nollendorfplatz und im Berliner Westen erklärte Severing, daß zwar einige Polizeikommandeure dabei ein allzu großes Wohlwollen für die Nazis an den Tag gelegt hätten, daß es aber im allgemeinen tatsächlich die Hauptlinie der Polizei

Brecht den faschistischen Mordterror!

Ein Goebbels als Arbeitermörder — Genosse Reiner-Rheydt überfallen und niedergeschossen — Arbeiter räumt auf mit denen, die das Blut eurer Brüder vergießen!

Gladbach-Rheydt, 15. Dezember. (Eig. Bericht.) Im Anschluß an eine von den Nationalsozialisten einberufene öffentliche Versammlung, die polizeilich aufgelöst wurde, wurde in der Nacht zum Sonntag unser Genosse, der Stukkateur Reiner, von dem Nationalsozialisten Arnold Röhles durch einen Herzschuß ermordet. Röhles befand sich in Begleitung des Bruders des Reichstagsabgeordneten Goebbels, der in Rheydt zu Hause ist, namens Konrad Goebbels, und weiterer zwei Nationalsozialisten. Daß der Mord mit Ueberlegung und nicht aus Notwehr, wie die inzwischen festgenommenen Mörder Röhles und Goebbels vor der Polizei angaben, ausgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß die beiden nachträglich zum Versammlungslokal der Kommunisten zurückkamen, sich in diesem Lokal aufhielten, kurz vor dem Hinausgehen unserer Genossen die Wirtschaft verließen und dann in der Nähe der Wirtschaft das Verbrechen verübten. Röhles gab vier Schüsse ab, von denen der eine tödlich traf. Der sterbende Genosse Reiner reichte den ihn begleitenden Genossen noch zum Abschied die Hand.

Diese feige, mit zynischer Ueberlegung durchgeführte Bluttat von Rheydt ist der 32. Arbeitermord der sogenannten Nationalsozialisten im Jahre 1930, ohne die ungezählten Verbrechen, die Proletarier zu dauernden Invaliden gemacht haben.

Nun ist Schluß! Das war die Antwort der Proletarier, gleich in welcher Partei sie stehen, als gestern morgen das neue Verbrechen bekannt wurde. Sie dulden nicht länger, daß ihre Brüder erschlagen, erstochen und erschossen werden. Sie werden zu antworten wissen, wo immer ein Nazibandit den Revolver zieht, um neues Verbrechen zu begehen. Die Polizei? Die Justiz? Sie schützt keine Arbeiter. Es gibt nur eins: proletarischen Selbstschutz, wehrhaften Kampf.

Ein Goebbels ist diesmal der Mörder, über den die Blutschuld ebenso kommt wie über seinen Kumpanen Röhles, der den Schuß abgab. Der Bruder Konrad des Reichstagsabgeordneten Joseph Goebbels ist ein gelehrtiger Schüler, der in die Tat umsetzt, was der andere „theoretisch" begründet. Denn das ist der „Sozialismus" der Familie Goebbels, der in einem „Dritten Reich" die Arbeiter nicht mehr einzeln, sondern gleich zu Tausenden vernichten würde.

Hat man schon davon gehört, daß die Nationalsozialisten Kapitalisten umgebracht haben? Wir richten diese Frage insbesondere an die Arbeiter, die infolge ihrer furchtbaren sozialen Not dem Nationalsozialismus ins Garn gelaufen sind.

Ist das Blut der 32 gemordeten Proletarier nicht auch das Blut ihrer Klasse?

Begreifen sie nach diesem neuen Mord von Rheydt, daß sie von der Bourgeoisie, von den Akademikern Goebbels', von den bellizistischen Offizieren, den Herrensöhnen politisch und kriminell aufgestachelt werden, sich an ihren eigenen Klassengenossen mit der Mordwaffe zu vergehen?

An der Bahre unseres ermordeten Genossen Reiner erheben wir nicht nur Anklage gegen die Mörder, wir rufen den Arbeitern in der Nationalsozialistischen Partei zu: Begreift, daß ihr zum Verbrechen gegen eure Klasse mißbraucht werdet von derselben Bourgeoisie, die auch ausbeutet, entrechtet und brotlos macht.

Als Arbeiter kann euer Platz nicht in dieser Mörderpartei sein. Wenn ihr es ehrlich mit dem Sozialismus meint, dann müßt ihr mit dieser faschistischen Partei brechen, wie es der Genosse Schmidt in Hamburg getan hat, der noch von den Narben bedeckt, die er sich als nationalsozialistischer Agitator bei den Arbeitern geholt hat, trotzdem den Weg zur Kommunistischen Partei fand.

Auf der am vergangenen Sonntag in Mannheim stattgefundenen RGO.-Konferenz erschienen zwei nationalsozialistische Arbeiter, um vor diesem Plenum ihrer Arbeitskollegen ihren Bruch mit der nationalsozialistischen Partei und ihren Eintritt in die Kommunistische Partei zu erklären. Diese Proletarier haben erkannt, daß die Partei der Hitler und Goebbels keine Arbeiterpartei ist, zumal sie gerade in diesen Wochen drauf und dran ist, alle demagogischen Versprechungen an die Arbeiter um Ministersitze zu verraten.

Kameradschaftlich werben wir mit allen Arbeitern sprechen. Aber Todfeindschaft gegen die Führer, die Hitler, Goebbels und Konsorten, auch gegen alle jenen dunklen lumpenproletarischen Elemente, die sich zum Arbeitermord benutzen lassen. Die Herren, die davon reden, daß sie „ganz legal" arbeiten, sie sollen wissen, daß die Arbeiterschaft **ebenso legal gegen ihre Feinde zu kämpfen weiß.** Wir rufen alle Proletarier auf, angesichts dieses neuen Mordes die Einheitsfront im revolutionären Kampf gegen den Faschismus zu schließen.

Duldet nicht länger, daß man eure Brüder mordet. Gebt ihnen : proletarische Antwort, daß ihnen die Lust vergeht, Hand an einen Klassengenossen zu legen. Brecht den faschistischen Mordterror!